

Gema-Tarifreform

Angesichts der erheblichen Überschüsse in der sozialen Altersvorsorge, sollte die 2006 von der schwarz-roten Bundesregierung beschlossene Vorkasse der Beiträge wieder rückgängig gemacht und somit der Entzug von Liquidität in den Unternehmen beendet werden.

Gleichzeitig würden die Unternehmen auch von Bürokratie entlastet, denn die Regelung, nach der SV-Beiträge zum fünftletzten Bankarbeitstag des laufenden Monats gemeldet und zwei Tage später gezahlt werden müssen, macht Korrekturen und Rückzahlungen notwendig und sorgt damit in Personal- und Steuerbüros für unnötigen Mehraufwand. Gerade bei Stundenlöhnen muss die zu meldende Summe oft geschätzt und dann im nächsten Monat korrigiert werden. Für Unternehmen und Einzugsstellen bedeutet dies einen erheblichen bürokratischen Aufwand.

Der Liberale Mittelstand fordert die FDP-Bundestagsfraktion auf, die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge auf den 10. des Folgemonats zurück zu verlegen. Dadurch fielen Umsatzsteuer und Sozialabgaben wieder auf einen gemeinsamen Termin. Dadurch wird die Liquidität der Unternehmen erhöht und die bürokratische Belastung spürbar gesenkt.

Ansprechpartner für Rückfragen:

Friedo Terfort

f.terfort@liberaler-mittelstand.de